

KOLUMBIEN

Verhärtete Fronten

Präsident Alvaro Uribe steht vor dem Scheitern seines wichtigsten politischen Projekts: des Friedensprozesses mit den Paramilitärs. Die Fronten zwischen der Regierung und den rechtsextremen Killertruppen haben sich verhärtet, seit deren Gründer Carlos Castaño nach einem mysteriösen Attentat vor drei Wochen spurlos verschwand. Castaño wurde offenbar von Gegnern in den eigenen Reihen ermordet. Er hatte sich mit den anderen Anführern der Truppe überworfen, weil er den Friedensprozess mit der Regierung vorantreiben wollte.

Salvatore Mancuso, der neue starke Mann der Soldateska, behauptet dagegen, dass Castaño sich in die USA abgesetzt habe, wo er im Rahmen des Zeugenschutzprogramms eine neue Identität habe erhalten sollen. Er wollte angeblich in den USA über die Verbindungen der Paramilitärs zur



Rechte Paramilitärs mit Führer Castaño

Drogenmafia und zur Regierung auspacken. Quellen aus Sicherheitskreisen bestätigten dem SPIEGEL, dass Castaño kriegsmüde und mit der amerikanischen Botschaft in Kontakt gewesen sei.

Gegen Castaño und Mancuso haben die USA Auslieferungsanträge wegen Drogenhandels gestellt. Die Verhandlungsführer



SANTIAGO LLANQUIN / AP

Uribe

der rechten Kämpfer wollen den Friedensprozess jetzt nur fortsetzen, wenn die Regierung ihnen zusichert, dass sie nicht ausgeliefert werden und auch in Kolumbien nicht für ihre Verbrechen ins Gefängnis müssen. Präsident Uribe hatte sich in dieser Frage anfangs flexibel gezeigt. Nach internationalen Protesten verhärtete sich jedoch seine

LIBYEN

Brüssel protestiert gegen Todesstrafe

Revolutionführer Muammar al-Gaddafi muss um seine gerade erst geknüpften Kontakte zur Europäischen Union fürchten. Nachdem ein libysches Gericht in einem Prozess um verseuchte Blutkonserven fünf bulgarische Krankenschwestern und einen palästinensischen Arzt zum Tode verurteilt hat, setzt Brüssel den zum Friedensfürsten gewendeten Terrorpaten unter Druck, eine Vollstreckung des Urteils zu verhindern. Den ehemaligen Mitarbeitern eines Krankenhauses in Bengasi wird vorgeworfen, 426 Kinder über verseuchte Blutkonserven mit dem Aids-Virus infiziert zu haben. Die Beschuldigten bestreiten die Vorwürfe. Nach Aussagen unabhängiger Experten, die allerdings im Prozess nicht gehört wurden, soll die Epidemie in dem Krankenhaus schon ein Jahr vor der Ankunft der Bulgaren 1998 ausgebrochen sein. EU-Kommissionspräsident Romano Prodi, persönlich „zutiefst enttäuscht“, setzt nun auf den Einfluss Gaddafis, den er erst Ende April als „Bruder“ in Brüssel empfangen hatte. Gegenüber Gaddafis Spitzendiplomat Abd al-Rahman Schalgam betonte er die entschiedene Ablehnung



MONICHEL INDZOV / AFP

Krankenhausmitarbeiter vor Gericht

der Todesstrafe durch die EU. Der libysche Minister verwies beim Treffen mit der EU-Spitze in Dublin auf die Unabhängigkeit der Gerichte und betonte, persönlich sei auch er „gegen die Todesstrafe“. Der Gastgeber und amtierende EU-Ratspräsident, Irlands Außenminister Brian Cowen, verlangte von Libyen, den Verurteilten die Chance auf ein „beschleunigtes Berufungsverfahren“ zu geben – und könnte damit Erfolg haben. Gaddafis wunder Punkt ist Libyens Antrag auf Einstieg in den „Barcelona-Prozess“, Voraussetzung für bessere politische und ökonomische Beziehungen mit der erweiterten EU. Sollte Tripolis im Prozess gegen die Bulgaren hart bleiben, so die Botschaft von Dublin, könnte Gaddafi eine Aufnahme in den Barcelona-Kreis wohl vergessen.

BURMA

Demokratische Reform?

Die Militärjunta will ihren eisernen Griff lockern und sogar Wahlen zulassen. Zuvor soll eine Nationale Versammlung vom 17. Mai an nahe Rangung eine neue Verfassung ausarbeiten. Teilnehmen dürfen neben der oppositionellen „Nationalen Liga für Demokratie“ (NLD) der populären Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi auch Vertreter zahlreicher ethnischer Rebellengruppen, die in den letzten Jahren einen Waffenstillstand mit der Junta geschlossen haben. Ein Zeitplan für Wahlen und die Übergabe der Macht an eine Zivilregierung steht allerdings noch nicht fest. Dies ist bereits der zweite Anlauf der Generäle, eine Verfassung zu schreiben. Ein erster Konvent war 1996 gescheitert, nachdem die NLD aus Protest gegen das diktatorische Verhalten der Militärs ausgezogen war. Ob der neue Anlauf echte demokratische Reformen bringen wird, ist fraglich: Rangung will grundsätzlich nur eine „disziplinierte Demokratie“ (Premierminister General Khin Nyunt) zulassen, in der die „Teilnahme der Verteidigungskräfte an der nationalen politischen Führung“